Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 94. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 23. April 1930. | 12. Jahrgang.

Der Winter ist vergangen,
er drückt' uns wie ein Traum,
die Schlüsselblumen prangen,
frisch knospen Busch und Baum.

Nun tönt's in allen Landen
im Frühlingssonnenschein:
Der Herr ist auferstanden,
des freu sich Groß und Klein!

Karl Gerok.

Wird Reichsminister Dr. Schiele sein Agrarprogramm verwirklichen können?

Wer die gegenwärtige politische und parlamentarische Lage einer ernsten und eingehenden Prüfung unterzieht, wird nicht daran vorbei können, die Frage aufzuwerfen, ob Herr Reichsminister Schiele, der mit großer Tatkraft und Energie die Agrargesetze, welche am 14. April im Deutschen Reichstag endgültig angenommen wurden, vorbereitete, nun auch restlos durchführen kann. Für die Landwirtschaft ist nicht die Annahme der Gesetze das Entscheidende, sondern die Durchführung derselben. Im Deutschen Reichstag wurden schon wiederholt Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft beschlossen, aber die schleppende Art der Durchführung brachte die Landwirte um ihre Hoffnungen. Es ist deshalb auch heute noch die bange Sorge berechtigt, ob die Agrargesetze durchgeführt werden oder nicht.

Die Entscheidung liegt gewiß nicht beim Reichsernährungs*minister* Dr. Schiele, von dem man weiß, daß er seine letzte Kraft und den ganzen Einfluß seiner Persönlichkeit daransetzen wird, um die angenommenen Agrargesetze zum Segen der Landwirtschaft zur Auswirkung zu bringen. Die Entscheidung über die Durchführungsmöglichkeiten liegen vielmehr in den parlamentarischen Verhältnissen des Reichstages verankert. Das erfüllt uns mit großer Sorge. Das Kabinett Brüning-Schiele hat, wie die Abstimmungen erwiesen, keine tragfähige Mehrheit. Die Agrar- und Steuergesetze sind mit größeren und ganz kleinen Mehrheiten angenommen worden, weil, entgegen der Obstruktionspolitik der Kommunisten, Sozialdemokraten und in Verbindung mit diesen die Nationalsozialisten, etwa 32—36 Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei für die Regierung eintraten. Dieses Eintreten erfolgte nicht aus Liebe zu der neugebildeten Regierung, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß bei der bekannten Bindung zwischen Agrar- und Steuergesetze die Ablehnung der letzteren

auch das Fallen der Agrargesetze

zur Folge gehabt haben würde. Diese ungeheure Verantwortung wollten die 36 deutschnationalen Abgeordneten, im Gegensatz zu dem Hugenbergflügel, nicht auf sich nehmen und verschafften damit der Regierung den Sieg. Diese Tatsache muß ganz eindeutig herausgestellt werden, weil die Haltung dieser 36 Abgeordneten auch für die nächste Zukunft entscheidend sein wird. Wir sehen also, daß die Mehrheit der deutschnationalen Abgeordneten aus dem Bewußtsein ihrer Pflichten gegenüber der Landwirtschaft gehandelt hat, nicht aber gegenüber der Regierung.

Es entsteht deshalb die Frage, wie die Einstellung dieser deutschnationalen Fraktionsmehrheit in Zukunft sein wird. Wir schrieben in unserem letzten Leitartikel, daß die erste Schlacht gewonnen, der Feldzug aber noch nicht beendet sei. An dieser Lage hat sich nichts geändert. Die bisherigen Oppositionsparteien inklusive des Hugenbergflügels werden die erste Gelegenheit benutzen, um die Regierung zu stürzen. Das Gelingen hängt auch dann wieder von den deutschnationalen Abgeordneten ab, welche sich bisher hinter die Regierung stellten. Werden sie das auch in Zukunft tun? Bei den bisherigen Abstimmungen wurde ihr Verhalten bedingt durch den Wunsch, den Agrargesetzen Annahme zu verschaffen. Nun wird sich aber der Reichstag in der nächsten Zukunft mit wesentlich anderen Dingen zu beschäftigen haben, die mit der Landwirtschaft weniger im Zusammenhang stehen. Werden dann die 36 deutschnationalen Abgeordneten klug genug sein, zu erkennen, daß das Abspringen in anderen Fragen den Sturz der Regierung zur Folge hat und damit **die Durchführung der Agrargesetze total in Frage gestellt wird?** Wird man einsehen wollen, daß es Pflicht aller derer ist, die der Landwirtschaft ernstlich helfen wollen, nun auch dafür zu sorgen, daß das Kabinett Brüning-Schiele recht lange am Leben bleibt? Das erscheint uns möglich, wenn die drei Dutzend deutschnationale Abgeordnete dem Einfluß ihrer bisherigen Führung entzogen werden.

Wir hoffen, daß die von den 36 in dieser Hinsicht bisher an den Tag gelegte politische Einsicht stark genug sein wird, um auch für das weitere Tun und Handeln richtunggebend zu sein. Das Landvolk, das in den letzten Jahren um so manche Hoffnungen betrogen wurde und vielfach in der verzweifelten Notlage anfing, zu etwas fraglichen Mitteln zu greifen, dieses Landvolk würde um den letzten Rest von Geduld und Fassung gebracht werden und nicht mehr zu bewegen sein, auch fernerhin Wege der Ruhe und Besonnenheit zu gehen. Die ganze Aufwärtsentwicklung und auch die Zusammenfassung aller Kräfte, welche wir so dringend gebrauchen, würden zu einer Unmöglichkeit werden, wenn der deutsche Bauer, der jetzt mit Mut und großen Hoffnungen an die Bestellung seines Ackers herangeht, wiederum betrogen würde. Die Verantwortung für die sich daraus ergebenden Folgen wird, das ist unsere feste Hoffnung, die Mehrheit der deutschnationalen Abgeordneten nicht auf sich nehmen wollen, auch dann nicht, so hoffen wir ebenfalls, wenn es gilt, in nächster Zeit auch einmal für Gesetze stimmen zu müssen, die unpopulär machen können. Man möge bei allen Entscheidungen bedenken, daß es sich, wie noch einmal mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht werden soll, darum handelt, durch eine lange Lebensdauer dem Kabinett Brüning-Schiele die Möglichkeit zu geben, die geschaffenen Agrargesetze restlos durchsetzen zu können für die Errettung der Landwirtschaft.

W. W.

Widersacher der Nation.

Ich habe aus Anlaß des Kabinettswechsels meinem alten lieben „Aufwärts", an dem ich seit 10 Jahren mitarbeite, einen Artikel eingereicht „Es muß links regiert werden", der leider keine Gnade vor den gestrengen Augen des Schriftleiters fand. Die These war ihm wohl zu gewagt. Vielleicht, daß er neue Hoffnungen in die Volkskonservativen setzte, die das Steuer herumwerfen würden.

Es sind nicht viel Tage vergangen nach der „schrecklichen" Drohung, den Reichstag aufzulösen, wenn die Parteien nicht dem Reichsfinanzminister willfährig sein würden. Eine Drohung, die anfangs stark schreckte — wie eben eine Auflösung ein Parlament schrecken muß —, das die Pflicht zur

Verantwortung vor den Wählermassen

vor sich sieht, — wie eben ein Parlament, dessen große Zahl von Berufspolitikern fürchtet, aus der Bahn gerissen zu werden, wenn seine Majestät der Herr Wähler ungnädig die Stirne runzelt. Eine Drohung, die heute den Reiz der Neuheit verloren hat, nachdem sich erweist, wie wenig ernst sie gemeint ist.

Denn das, was sich in den letzten 10 Tagen abgespielt hat, ist krassester Kuhhandel um die Verteilung der Lasten. So eifrig man die Annahme des Youngplanes verfochten hat, so wenig groß zeigt sich jetzt das gleiche Parlament bei der Lastenverteilung. Ein mehr als klägliches Schauspiel. Eine eiserne Zeit findet ein schwächliches Geschlecht, das mutig genug war, die Fesselung der deutschen Nation auf Jahrzehnte hinaus für erträglich zu halten, das aber nicht den ernsten und aufrechten Willen hat, den Worten des Reichspräsidenten die Taten folgen zu lassen, zu denen es der erste Beamte des Reiches anfeuerte.

Was bleibt überhaupt noch übrig von dem diktatorisch vorgetragenen Finanzsanierungsprogramm? Die einen sind gegen die Biersteuer, die anderen gegen die und jene Steuer. Und weil das Bier oder die bayrische Volkspartei ein gewichtiger Faktor im Deutschen Reiche ist, wird kaum die Hälfte der Biersteuer aufgenommen, dafür schlägt man die Erhöhung der Umsatzsteuer vor, die auch den notwendigen Lebensbedarf der Massen trifft, während das Bier nach wie vor Genußmittel bleibt, das entbehrlich ist. Und in all den Verhandlungen zeigt sich's nur zu deutlich,

daß die bürgerliche Mitte die bisherige Regierungskoalition, insbesondere die hauptverantwortliche SPD, aus der Verantwortung für die Politik der letzten 10 Jahre entläßt, um eben dieser Partei die denkbar

beste Wahlparole

zu geben, anstatt sie in der Koalition zu halten und sie zu zwingen, die Folgen ihrer Politik nun auch bis zum letzten Tropfen auszukosten.

Die bürgerliche Mitte hat kein gemeinsames Programm, sie ist durch keine gemeinsame Idee verbunden und entbehrt jeder Stoßkraft. Eine Regierung der Mitte ist nichts anderes als ein Liquidations-Ausschuß, ein Konsortium, das die Sanierung eines insolvent gewordenen Unternehmens vornimmt.

Ist die Lage um ein weniges erleichtert, haben sich die Deutschnationalen, offiziell ungebunden, innerlich aber gefesselt durch das geschickt eingeworfene Agrarprogramm, in die Nesseln gesetzt, — so wird unweigerlich der Dank „vom Hause Oesterreich" kommen. D. h. die bürgerliche Mitte wird abgedankt und die Weimarer Koalition wird Trumpf. Nicht anders ist die Werbung des Herrn Brüning zu verstehen, mit der er die Sozialdemokratie umspielt.

Es ist an der Zeit, diese zwiespältige Haltung festzunageln. Die Deutschnationalen sind als Sündenbock gerade gut genug. Bedauerlich nur, daß sie aus dem ersten Kabinett, an dem Herr Schiele beteiligt war, nichts gelernt und anscheinend alles vergessen haben. Auch damals wurden sie abgedankt, nachdem sie die ihnen zugewiesene Rolle mehr oder minder gut gespielt hatten. Es muß einmal klar und deutlich gesagt werden, weder die Volkskonservativen, noch die Volksnationalen, noch die Christlichen können, bei allem guten Willen,

an der geistigen Haltung unserer Politik

etwas Grundlegendes ändern.

Es spielt nicht die geringste Rolle, ob die SPD in der Koalition oder außerhalb ihr weilt. Sie hat in den Jahren ihrer „Aufbauarbeit" Zeit und Macht und Gelegenheit zu nutzen verstanden und in ihrer Personalpolitik dafür Sorge getragen, daß — sei sie Opposition oder Koalitionspartei —

sich an dieser Grundhaltung nicht das geringste ändert.

Denn inmitten des Deutschen Reiches sitzt die sozialistische Regierung Braun, — die Regierung Preußens, die, nur über geringste Mehrheit verfügend, ja, zweimal überstimmt, — das Heft in der Hand hält als Schutz und Schirm der sozialistischen „Republik". Es sei denn, die bürgerliche Mitte könnte sich entschließen, von Grund auf die Personalpolitik zu ändern.

Wir haben es erlebt,

daß es kein ängstlicheres Bedachtnehmen

auf die Linke gab, als zu der Zeit, da die Deutschnationalen am Ruder waren.

Haben die Minister der Deutschnationalen, obwohl sie Macht hatten es zu tun, einmal in die Justiz zugunsten Rechtsgerichteter eingegriffen, wie es die Linke getan hat? — Hat sie jene Verfahren, die Fälle betrafen, die unter ganz anderen Gesichtspunkten gewertet werden mußten, niedergeschlagen? Haben deutschnationale Minister etwa, um eines zu nennen, am Stahlhelmtag in Berlin sich offen bekannt und gezeigt, wie etwa der Reichsinnenminister a. D. oder der preußische Ministerpräsident sich ständig

zum Reichsbanner bekennen

und nicht das geringste auf deutschnationale Anfragen geben, wenn diese auf die Notwendigkeit der überparteilichen Stellung eines Ministers hinweisen? — Nicht anders wird die volkskonservative Partei handeln. Hat man bisher irgend etwas davon gehört, daß Herr Treviranus, der Frontsoldat, sich irgendwie um die notwendige und von hervorragenden Deutschen geforderte Amnestie kümmerte? In welcher Weise hat er auf den heutigen Reichsinnenminister, der den Feind des Volkes bekanntlich „rechts" sieht, eingewirkt, damit endlich die unterschiedliche Behandlung zwischen Reichsbanner und Rechtsverbänden aufhört? Damit tatsächlich gleiches Recht allen Deutschen werde? Das ist nicht „sein" Ressort? Haben so die innig verbundenen sozialistischen Minister gedacht und gehandelt?

In Hamburg hat der aus der „großen Koalition" gebildete Senat einen hochgestellten Arzt, der

Proletarierkinder mißbraucht hat

und der notwendigerweise verurteilt werden mußte, nicht nur begnadigt, sondern auch die Aenderung des (in diesem Falle jüdischen) Namens genehmigt. Der Verwandte des Arztes war bis vor nicht zu langer Zeit eine hochgestellte politische Persönlichkeit, den Demokraten zuzurechnen.

Sollte es wirklich nicht angehen, daß der volkskonservative Minister sich nunmehr wenigstens für politische Täter einsetzt, die rechts stehen? — Es kommt mir nur darauf an, zu zeigen, wie geschickt die einen und wie ungeschickt die anderen ihre Macht zu gebrauchen wissen.

Immer wieder wird man auf den Einwand stoßen: „Gegen oder ohne die Sozialdemokratie ist nicht zu regieren." Das ist nur dann richtig, wenn man

deutsche Arbeiterschaft und Sozialdemokratie

gleichsetzt. Man spricht der Sozialdemokratie ohne weiteres zu, daß sie die Interessenvertreterin der deutschen Arbeiterschaft sei. Der Staat überläßt den Kampf um die deutsche Arbeiterschaft der Sozialdemokratie. Das ist der Grundfehler!

Die Sozialdemokratie aber führt den deutschen Arbeiter nur zu einem Staate, der ein Klassengesicht trägt. Sie führt ihn aber nicht zur Nation, mit der er durch die Grenzen des Raums, durch Blut und Boden verknüpft ist und bleibt. Die bürgerlichen Parteien überlassen die Führung des Arbeiters kurzerhand der Sozialdemokratie. Sie haben sich niemals bemüht, bemühen sich auch heute noch nicht, die Führung zu übernehmen. Das war die geschichtliche Schuld des deutschen Bürgertums seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts und ist sie noch heute, und an den Folgen dieser Schuld geht das Bürgertum zugrunde. Der Liberalismus war der Schrittmacher des Marxismus.

Kampf gegen die Sozialdemokratie bedeutet aber nicht Kampf gegen den deutschen Arbeiter. Der Staat, der von sich aus den Kampf um den deutschen Arbeiter führt, muß allerdings ein anderes Gesicht und eine andere geistige Haltung haben, wie ein von der bürgerlichen Mitte regierter Staat. Wer den deutschen Arbeiter zur Nation führen will, muß die Lebensbedingungen des deutschen Arbeiters weit anders gestalten, als es die Sozialdemokratie bisher vermocht hat. Diese neuen Wege zu gehen, scheint mir das Bürgertum kaum noch fähig. Der Staat, der die deutsche Arbeiterschaft zur Nation führen will, muß dem deutschen Arbeiter den Rückhalt an den Boden geben. Es handelt sich hier nicht um den Kampf gegen den Sozialismus, sondern um den gegen die materialistische Weltanschauung, die den Zusammenhang zwischen den Gesetzen des Blutes und des Bodens zu den Gesetzen der Geschichte leugnet. Nicht der Sozialismus ist zu bekämpfen (ohne sein Befürworter sein zu wollen), sondern das Fremdgeistige in der Partei. Erst die Verbundenheit mit den Kräften des Bodens befreit die deutsche Arbeiterschaft aus den Fesseln einer dem Deutschen wesensfremden Denkgesetzlichkeit. Es ist doch kein Geheimnis und wird auch von der SPD nicht geleugnet, daß die geistige Führung in den Händen Fremdrassiger liegt. Der nicht durch Blut und Boden gebundene, meist fremdrassige Intellektuelle war es, der sich der deutschen Arbeiterschaft annahm und ihr Standesgesicht so vollkommen änderte, weil die Intellektuellen des deutschen Bürgertums der vergangenen Jahrzehnte ihre Aufgabe nicht begriffen. Nur aus dieser „bürgerlichen" Denkweise konnte der Gedanke geboren werden: „Wir können nicht gegen die Sozialdemokratie regieren." —

Das aber bedeutet, daß Deutschland es aufgegeben hat, die Arbeitermassen zur Nation zu führen, daß man die Vertretung der Interessen der Arbeiter einer international gebundenen Partei überläßt, die in völlig falscher Frontrichtung kämpft. (Schluß folgt.)

Deutsch-italienische Verständigung?

Südtirol.

Natürliche Gegensätze zwischen Deutschland und Italien bestehen nicht. Der einzige Gegensatz zwischen den beiden Ländern ist durch die Annektion Südtirols und die Unterdrückung des dortigen Deutschtums geschaffen worden.

Ueber die Entwicklung der Südtiroler Frage nur einige kurze Bemerkungen:

Im Mittelalter reichte das Deutschtum viel weiter nach Süden als heute. Selbst Trient war eine halbdeutsche Stadt und ebenso das heutige Roveredo, das einstmals Rofereit hieß. Die Verwelschung begann erst am Ausgang des 16. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Gegenreformation und dem auch in ganz Tirol überhandnehmenden Einfluß der italienischen Sprache und Kultur. An der Salurner Klause entstand die Sprachgrenze zwischen Deutschen und Italienern, die heute noch besteht und 1918 die Wilsonsche sog. „deutliche Grenze der Nationalitäten" bildete.

Haben Sie dem Aufwärts schon einen neuen Leser gewonnen?

Seit 1848 war die italienische Bewegung im Trientiner Gebiet erwacht, die bewußt auf die Befreiung von der österreichischen Herrschaft und auf den Anschluß an Italien hinarbeitete. An einer entschiedenen Gegenwehr des österreichischen Staates fehlte es bis zum Kriege fast gänzlich. Die Italiener hatten völlige sprachliche und kulturelle Freiheit und Gleichberechtigung mit den Deutschen. Sie hatten italienische Schulen aller Art, vom Kindergarten bis zum Gymnasium. Oesterreich war sogar bereit, ihnen eine eigene italienische Universität zu geben, obwohl die Irredenta-Bewegung immer unduldsamer auftrat. Die Italiener wurden sogar von der Verwaltung genau wie auch die Slaven auf Kosten des Deutschtums verhätschelt. Tatsächlich bestand in Welsch-Tirol eine italienische Autonomie.

Im Weltkrieg nun verlangte Italien zuerst die vorwiegend italienischen Gebiete für seine Neutralität, trat dann aber in den Krieg ein, um die Brennergrenze zu gewinnen. Wilson versprach die Grenzregelung nach der Nationalitätengrenze. Das revolutionäre Oesterreich gab jedoch auch den ganz zweifelsfrei deutschen Teil Tirols preis, wie man auch die anderen Grenzgebiete widerspruchslos preisgab, sogar den Widerstand der Bevölkerung zu verhindern suchte, wenn sie sich gegen die feindliche Besetzung auflehnte. Auch die letzte Möglichkeit, Südtirol durch die bayrischen Truppen am Brenner schützen zu lassen, wurde nicht ausgenutzt. Im Gegenteil, man verlangte deren Zurückziehung, die dann auch nach der Revolution in Deutschland sofort erfolgte. Die törichte marxistische Revolution in Deutschland und Oesterreich hat die deutschen Grenzgebiete überall preisgegeben, weil sie keinen Sinn für nationale Fragen und Notwendigkeiten hatte und nur an die Befestigung ihrer Herrschaft im Innern dachte.

Nachdem Deutsch-Südtirol einmal den Italienern preisgegeben war, obwohl eine Verteidigung der Salurner Klause auch noch nach der Revolution sehr wohl möglich gewesen wäre, ging die Entwicklung ihren unerbittlichen Gang weiter. Die Proteste der im Stich gelassenen Südtiroler verhallten ebenso ungehört wie die der Sudetendeutschen. Die Italiener gingen mit aller Rücksichtslosigkeit an die Arbeit, um — ebenso wie auch die anderen Staaten — die ihnen unbequeme deutsche Minderheit zu unterdrücken und auszutilgen. Der Völkerbund schwieg dazu, wie er ja auch seine Aufgabe sonst nicht darin sieht, die Minderheiten zu schützen, sondern sie „in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den betreffenden Regierungen in die herrschende Staatsnation überzuführen".

Die mit brutalen Mitteln geführte Unterdrückung der Deutschen in Südtirol rief eine erhebliche Volksbewegung hervor, die in der Welt nicht unbeachtet blieb.

Vergessen werden darf aber in diesem Zusammenhange nicht, daß sich Italien ehrlich bemüht hat, Deutschland zu einer Zusammenarbeit gegen Frankreich zu gewinnen, aber hiermit in Berlin nicht die geringste Gegenliebe fand! Das läßt manches bei dem Vorgehen Italiens gegen das Deutschtum Südtirols verständlich erscheinen. Trotzdem wäre es aber wohl richtiger gewesen, wenn gerade der Faschismus die wehrlosen Deutschen nicht so behandelt hätte, wie es leider geschehen ist. Wer die eigene Nationalität so hoch stellt wie der Faschismus, muß auch die nationalen Gefühle der anderen achten. Sonst vergeht er sich gegen die eigenen Grundsätze.

Inzwischen hat man in Italien immer mehr erkannt, daß der wirkliche Feind nicht das Deutschtum, sondern Frankreich ist. Italien steht mit Ungarn und Albanien, vielleicht auch noch mit Bulgarien, dem mit den Tschechen und Südslaven verbündeten Frankreich gegenüber. Diese politische Entwicklung machte eine Verständigung mit Oesterreich nötig, um eine Verbindung zwischen Italien und Ungarn zu ermöglichen. Während nun die österreichische Sozialdemokratie jedes Zusammengehen mit Italien abgelehnt hatte, ging die Regierung Schober darauf ein. Die Folge davon war die sehr wirksame Unterstützung Oesterreichs durch Italien im Haag, wodurch seine Befreiung von den Tributzahlungen erreicht worden ist. Oesterreich, das wegen der Ermordung seines Thronfolgers den Krieg gegen Serbien eröffnete, ist nun frei von Tributlasten, — Deutschland aber, das für Oesterreich eintrat, soll dafür die Kriegsschulden sämtlicher Feindmächte mit 50 Prozent Aufschlag zahlen.

Die „herzliche Freundschaft" zwischen beiden Staaten hat Mussolini dadurch bekräftigen wollen, daß er bei der Anwesenheit Schobers in Rom die zu Unrecht bestraften Deutsch-Südtiroler begnadigt hat. Diesen Schritt begrüßen wir natürlich. Wir erwarten aber auch, daß die italienische Presse nicht nur schreibt, „die Vereinigung der beiden Adler, des römischen und des deutschen, ist das politische Problem der nächsten Zukunft", sondern daß auch Italien den Deutschen Südtirols die notwendigen Lebensrechte gibt und sie so stellt, wie die Italiener selbst unter der Herrschaft Oesterreichs gestanden haben.

Italien ging bei der Annektion Deutsch-Südtirols von dem Gedanken aus, daß es die Brenner-Grenze zur Sicherung gegen Deutschland brauche. Dieser Gedanke ist falsch. Zwischen Deutschland und Italien bestehen keine natürlichen Gegensätze. Beide Staaten sind vielmehr aufeinander angewiesen. Der natürliche Gegner Italiens ist — Frankreich! Den italienischen Interessen kann nicht ein wehrloses Deutschland dienen, das von den angrenzenden Mächten aufgeteilt wird, sondern nur ein starkes und zuverlässiges Deutschland. Deshalb sollte gerade auch Italien die Wiedererstarkung Deutschlands und den Anschluß Oesterreichs nicht bekämpfen, sondern im Gegenteil fördern.

Italien braucht das kleine Deutsch-Südtirol nicht. Weder politisch, noch wirtschaftlich, noch militärisch ist der Besitz dieses Landes für Italien eine Notwendigkeit. Bismarck forderte, daß man auch in der Politik wahr sein müsse, um den Mut nicht zu verlieren. Wir müssen den Mut zur Wahrheit haben und bekennen, daß wir Deutsch-Südtirol ebenso wenig preisgeben können, wie die 2,5 Millionen Sudeten-Deutschen und den Anschluß Oesterreichs, wenn wir nicht überhaupt auf deutsche Lebensrechte verzichten wollen. Wir fragen deshalb auch in aller Oeffentlichkeit: Was will Italien? Will es die 80 Millionen Deutschen in Mitteleuropa zu Freunden haben? — Der Zustand der deutschen Ohnmacht und Selbsterniedrigung wird ebenso wenig von ewiger Dauer sein, wie die Herrschaft des Marxismus und seiner Mitläufer, die aus Haß gegen den Faschismus jedes Zusammengehen mit Italien ablehnen.

Die Italiener haben jahrzehntelang für die Befreiung von Welsch-Südtirol gekämpft und sind deshalb sogar in den Krieg gegangen, der ihnen aber weniger Nutzen gebracht hat als ihrem eigentlichen Gegner — Frankreich. Bei Ausnutzung des Zusammenbruches der Mittelmächte sind die Italiener zu ihrem eigenen Schaden über ihre berechtigten Ziele hinausgegangen und haben gegen ihre eigenen Grundsätze gehandelt. Wir wollen keine gewaltsame Auseinandersetzung, wir wollen nur Freiheit und Selbstbestimmungsrecht für das Deutschtum. Wir wollen einen wahren Frieden für Europa und nicht eine Verewigung des Zustandes, der dem Moloch des französischen Chauvinismus das Leben der europäischen Völker opfert. Italien und Deutschland haben keine natürlichen Gegensätze. Im Gegenteil, sie sind aufeinander angewiesen. Je eher man das erkennt und dann — auch bei uns! — die politischen Folgerungen daraus zieht, um so besser wird es auch für Italien sein! —r.

Ernst von Wolzogen.

Zu seinem fünfundsiebzigsten Geburtstage am 23. April 1930.

Eine stattliche Anzahl Romane des heute Fünfundsiebzigjährigen liegt vor, und man darf wohl sagen, den meisten davon wird ein langes Dasein beschieden sein. Will man eine Vorstellung von dem Romanschriftsteller von Wolzogen bekommen, so vertiefe man sich einmal in seinen „Kraft-Mayr", der 1881 herauskam und das nachklassische Weimar Richard Wagners und Franz Liszts porträtierte. Mit einer seltenen sprühenden Lebendigkeit und Liebe hat der Dichter es verstanden, eine plastische, fesselnde Schilderung der großen Musiker und ihrer Umwelt zu geben. Sein vielseitiges Talent zeigte Wolzogen ferner in Romanen mehr satirischen Charakters; genannt seien „Das dritte Geschlecht", „Die Gloria-Hose" und die entzückende Geschichte von den „lieben, süßen Mädeln."

Ein wertvoller Beitrag zur Geistesgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts ist der (bei Georg Westermann, Braunschweig) erschienene Roman „Der Erzketzer", an gedanklicher Tiefe und Lebensweisheit wohl das reifste Werk Wolzogens, in welchem die in unseren Tagen so überaus gegenwärtigen Probleme Liebe, Ehe, Christentum, Sinnlichkeit und Moral im Rahmen einer meisterhaft geschilderten, fesselnden Handlung analysiert werden. In diesem Zusammenhange möchten wir auch besonders auf die im gleichen Verlage erschienenen Bücher „Norddeutsche Geschichten" und „Süddeutsche Geschichten" hinweisen.

Seine Lebenserinnerungen legte der Dichter in dem Werke „Wie ich mich ums Leben brachte" (Westermann, Braunschweig) nieder. Memoiren, die wertvolle Kulturbeiträge sind, mit herzwarmen Künstlerblute geschrieben, das Wolzogen einst auf seinen merkwürdigen, abenteuerreichen Lebensweg drängte und das noch immer heiß und glutvoll pulst. Möge dem greisen Dichter, dessen Werke zu kennen Ehrenpflicht jedes Deutschen sein sollte, noch eine Reihe von Jahren in Gesundheit und froher, reicher Schaffenskraft beschieden sein.

Das schwarze Kreuz auf grünem Grunde*)

Der Vorstand der Christlichen Gefangenenhilfe hat nach Fühlungnahme mit vielen unserer Freunde beschlossen, als sichtbares Erkennungszeichen das schwarze Kreuz auf grünem Grunde einzuführen.

Dieses äußere Abzeichen soll unsere Arbeit verinnerlichen und noch mehr als bisher in die Tiefe führen. Es soll uns immer wieder daran erinnern, daß wir eine Christliche Gefangenenhilfe sind und letzten Endes diese Arbeit um Christi willen tun, dessen Worte Matthäus 25, 40 in den christlichen Kreisen noch mehr beachtet werden müßten: „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan."

Damit ist angedeutet, daß wir uns von den rein sozial eingestellten Gefangenenhilfen, die es bereits zahlreich in unserm Lande gibt, bewußt unterscheiden. Wir begrüßen zwar auch jede Gefangenenfürsorge, die in selbstloser Weise helfen möchte. Aber wir glauben von Gott den besonderen Auftrag zu haben, in bewußt christlich-sozialer Weise zu arbeiten. Abgesehen von der äußeren Hilfe, die uns sehr am Herzen liegt und von uns nach Kräften betätigt wird, möchten wir unsern Schutzbefohlenen auch innerlich helfen. Zu einer Zeit, wo der antichristliche Geist unser Volksleben immer mehr vergiftet und auch in die Strafanstalten einzudringen sucht, wollen wir die Kreuzesfahne Jesu hochhalten und in Wort und Schrift gerade den Aermsten der Armen gegenüber bezeugen: Wirkliche Hilfe für Zeit und Ewigkeit gibt nur das Kreuz. Nur in diesem Zeichen können wir unser zerbrochenes Leben wieder aufbauen und erneuern.

Das Kreuz Christi kennt keine Grenzen und keine Schranken und darum soll es uns auch in der Gefangenenhilfe mit allen ernsten Christen in unserm Vaterland und darüber hinaus in der ganzen Welt innerlich verbinden. Aus diesem Grunde muß unsere Arbeit auf Allianz-Boden stehen. Wir sind also keine konfessionell enge abgegrenzte Gefangenenhilfe, sondern eine allgemein christliche Gefangenenhilfe und haben unsere Freunde in den Kirchen und Freikirchen. Nur wenn wir auf breitester Grundlage arbeiten, aber dabei den Blick entschieden auf das Kreuz Christi richten, können wir in unserer schweren Arbeit vorankommen.

Schwer und ernst ist der Kampf gegen die finsteren Sündenmächte, mit denen wir zu ringen haben. Deshalb führen wir auf unserm neuen Abzeichen das schwarze Kreuz. So düster und schwierig ist diese Arbeit, daß man oft verzweifeln möchte. Schon mancher Berufsarbeiter auf diesem Gebiet ist völlig zusammengebrochen an Leib und Seele. Mit Recht hat man die Gefängnisse und Zuchthäuser Hochburgen Satans genannt. Nicht etwa sind die Insassen dieser Anstalten besonders schlecht. Nein, sie sind Menschen wie wir. Aber sie sind in der Regel völlig geknechtet von satanischen, dämonischen Mächten. Je ernsthafter wir mit dieser Tatsache rechnen, um so deutlicher werden wir erkennen: Es gibt nur eine Waffe, mit der die Macht Satans gebrochen werden kann, das Kreuz Christi, das die Versöhnung ist für alle unsere Sünden, nicht aber nur für unsere eigenen Sünden, sondern die der ganzen Welt. Gottlob, nun kann auch der Muttermörder noch Gnade finden und zum Frieden kommen. Das Blut Christi, des Sohnes Gottes, macht uns rein von allen Sünden. Wo die Sünde mächtig geworden ist, ist die Gnade noch viel mächtiger geworden.

*) Die Leitung der Gefangenenhilfe bat darum, diesen kleinen Aufruf auch im „Aufwärts" aufzunehmen. Wir tun das gerne mit dem Wunsche, daß Gott die schwere Arbeit segnen und manchen zur Mithilfe willig machen möge.

Schober in Paris und London.

Das Programm für die Empfänge.

Bundeskanzler Dr. Schober wird am 27. April mittags die Reise nach Paris antreten. Mit ihm reist der französische Gesandte in Wien, Graf Claudel. Der Bundeskanzler wird von der französischen Regierung amtlich begrüßt werden. Am 29. April wird er dem Ministerpräsidenten Tardieu und dem Außenminister Briand Besuche machen. Ein Frühstück zu Ehren des Bundeskanzlers im französischen Außenamt folgt. Die Association France-Autriche, deren Präsident Painlevé ist, wird abends einen Empfang veranstalten. Am 30. April findet ein Frühstück auf der österreichischen Gesandtschaft statt, zu dem u. a. die Botschafter und Gesandten der sechs Nachbarstaaten, Ministerpräsident Tardieu, Außenminister Briand, der Generalsekretär im Außenamt, Berthelot und Painlevé geladen sind. Nachmittags wird Bundeskanzler Dr. Schober vom Präsidenten der Republik, Doumergue, empfangen werden. Abends wird Dr. Schober die Mitglieder der Presse im Hotel „Majestic" um sich versammeln. Hierauf wird er dem Konzert der Wiener Philharmoniker unter Leitung von Dr. Clemens Krauß im Theater der Champs Elysées in der Loge des Präsidenten Doumergue beiwohnen.

Am 1. Mai wird Bundeskanzler Dr. Schober von Paris nach London reisen, wo er von einem Vertreter der englischen Regierung begrüßt werden wird. Abends ist ein Essen im Foreign Office angesetzt, dem ein Empfag und ein Konzert auf der österreichischen Gesandtschaft folgen. Am 2. Mai wird der Bundeskanzler dem Außenminister Henderson einen Besuch abstatten. Sodann folgt u. a. ein Frühstück beim Ministerpräsidenten Macdonald. Dann wird Bundeskanzler Schober die Oper besuchen und dort der Aufführung der „Walküre" in der Hofloge beiwohnen. Am 3. Mai vormittags wird König Georg den Bundeskanzler in Windsor in Audienz empfangen. Nachmittags erfolgt die Abreise Schobers nach Wien.

Polens Beschwerde in Genf.

Die Haltlosigkeit der polnischen Vorwürfe.

— Berlin, 22. April.

Zu der polnischen Beschwerde in Genf wegen der neuen deutschen Agrarzölle wird von zuständiger Stelle eine Mitteilung verbreitet, in der es heißt:

Bekanntlich ist die Genfer Uebereinkunft bisher weder für Deutschland noch für Polen verpflichtend. Die Frist für die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden läuft am 1. November 1930 ab, und erst in einer für die Zeit zwischen 1. und 15. November geplanten Konferenz soll über die Inkraftsetzung des Abkommens entschieden werden.

Aber selbst, wenn die Genfer Beschlüsse schon Gültigkeit hätten, würde die polnische Regierung keinen Anlaß zum Protest haben, da der Abkommensentwurf vom 24. März 1930 keine Festlegung auf die bestehenden Zolltarife bedeutet, sondern die Staaten nur zur Mitteilung von Zollerhöhungen anhält, worauf neue Verhandlungen erfolgen sollen.

Ueberdies bestätigt die Konvention ausdrücklich die Handlungsfreiheit der Staaten bei „unvorhergesehenen dringenden Umständen". Von deutscher Seite ist schon bei den Genfer Verhandlungen der Standpunkt vertreten worden, daß Maßnahmen zur Linderung des Notstandes der deutschen Landwirtschaft unter dieses Merkmal fallen.

Arbeitsamt in Paris.

Danzig ersucht um seine Aufnahme. — Eine neue Jubiläumsbriefmarke.

— Paris, 22. April.

Das Arbeitsprogramm der 48. Tagung des Internationalen Arbeitsamtes, die vom 24. bis 29. April in Paris stattfindet, enthält etwa 15 Punkte, von denen der Antrag Danzigs auf Aufnahme in das Internationale Arbeitsamt hervorzuheben ist. Die Behandlung dieser Frage ist insofern mit einigen Schwierigkeiten verbunden, als Danzig einmal durch gewisse juristische Klauseln, andererseits durch die Abkommen mit Polen sowie eine Reihe von Sonderbeschlüssen des Völkerbundes gebunden ist.

Die Pariser Tagung wird gleichzeitig mit einer zehnjährigen Jubiläumsfeier anläßlich der ersten Pariser Sitzung des Internationalen Arbeitsamtes 1920 verknüpft sein. Aus diesem Anlaß wird das französische Postministerium eine besondere Briefmarke im Werte von 50 Centimes und 1,50 Franken herausgeben. Die Marke wird den Aufdruck tragen „Tagung des Internationalen Arbeitsamtes 1930".

Ein Fühler Mussolinis?

„Roma Fascista" begrüßt die deutsche Flotte.

Unter der Ueberschrift: „Mit der Erlaubnis von Paris begrüßen wir die deutschen Schiffe" schreibt das „Roma Fascista": Wie durch ein Wunder aus der Meerestiefe von Scapa Flow wieder erstanden, werden sich neue deutsche Schiffe, die schneller und mächtiger sind, als die zerstörten, im April wieder im Mittelmeer zeigen und auch einige italienische Häfen besuchen. Wir grüßen mit aufrichtiger Herzlichkeit die wiedererstandene deutsche Flotte, indem wir in ihrer Wiedergeburt die unzerstörbare und unversenkbare Kraft der Jugend erkennen, die die alten Nabobs in Ost und West gern auf ewig in Fesseln legen oder demütigen möchten. Unsere schönen Seestädte werden die deutschen Schiffe nicht minder herzlich begrüßen. Die Beweise für die französische Unnachgiebigkeit sind nunmehr zur Genüge vorhanden. Ohne daß man auf Jahre zurückgreift, genügt es, sich der jüngsten Episoden in London zu erinnern.

Mit alledem, fährt das Blatt fort, wollen wir nicht sagen, daß wir uns auf die andere Seite schlagen müssen, um Frankreich zu ärgern. Die Geschichte eines Volkes wie des unseren wird nicht so bald entschieden, und wir sind klug und stark genug, um abzuwarten, daß man uns in unserer wirklichen und mächtigen Bedeutung anerkennt. Wir wollen nur, daß man für uns die Möglichkeit nicht ausschließt, andere Wege zu gehen, besonders heute, wo der Mythos von den angreifenden und unmenschlichen Mittelmächten längst verraucht ist und wo die Wilsonschen Theorien längst ihre Leerheit bewiesen haben und wo wir von unseren lieben Freunden in mehr als einer Gelegenheit Beweise der Freundschaft und der Korrektheit erhalten haben.

Kredithilfe für den Osten.

Das kommende Ostprogramm.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Vorarbeiten für die in der Regierungserklärung gemäß der Ostbotschaft des Reichspräsidenten in Aussicht gestellte Ostvorlage sind soweit gediehen, daß das Kabinett alsbald nach Ostern über die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen Beschluß fassen wird. Im Vordergrund werden Maßnahmen zur Erleichterung der Kreditbeschaffung für die Ostgebiete stehen, insbesondere für die Umschuldung landwirtschaftlicher Betriebe; ferner werden Maßnahmen zur Lastensenkung, zur Sicherung der Erhaltung landwirtschaftlicher Betriebe und zur Erleichterung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Osten vorgesehen werden.

Roter Jugendtag in Leipzig.

Die Platzkonzerte verboten.

Der Zuzug der Teilnehmer an dem kommunistischen Jugendtag, der über Ostern in Leipzig abgehalten wurde, war besonders am Sonnabend vor Ostern aus allen Teilen des Reiches sehr stark. Die Kommunisten hatten die Abhaltung von Platzkonzerten geplant. Auch sollten Umzüge mit Musik veranstaltet werden. Beides war mit Rücksicht auf die stille Zeit verboten worden. Gegen Abend wurde dieses Verbot an verschiedenen Stellen der Stadt durchbrochen. Dabei kam es namentlich in der Gegend des Zoologischen Gartens zu erregten Zusammenrottungen, die durch die Polizei zerstreut werden mußten. Eine ganze Anzahl junger Kommunisten wurde festgenommen. Ihre Musikinstrumente wurden beschlagnahmt.

*

Auf der Fahrt zu dem Leipziger Reichstreffen der kommunistischen Jugend stürzte zwischen Rasdorf und Buttlar ein Lastkraftwagen in einer scharfen Kurve die Böschung hinunter. Von den 20 Insassen wurden fünf schwer, 15 leichter verletzt.

Neuer Deutschtums-Prozeß.

Beginn der Verhandlung gegen die Bromberger Pfadfinder.

— Bromberg, 22. April.

Den von den Polen in den letzten Wochen gegen Deutsche angestrengten Prozessen folgt am heutigen Osterdienstag vor dem Bromberger Bezirksgericht ein dritter Prozeß. Angeklagt sind die Pfadfinder Fritz Mielke und Heinz Preuß aus Bromberg, der Pfadfinder Karl Burow-Kolmar und der ehemalige Führer der [illegible]chen Jungenschaft in Polen, Dr. Burchardt.

Die Anklageschrift wirft den Pfadfindern vor, 1928 in Bromberg den „Pfadfinderbund" gegründet und das Bestehen sowie den Zweck des Bundes vor der polnischen Regierung geheimgehalten zu haben.

Den ersten Anklagepunkt — die Geheimhaltung des Bestehens des Bundes — widerlegt aber der polnische Staatsanwalt selbst durch die Feststellung, daß der „Pfadfinderbund" durch den Angeklagten Preuß bei der dortigen Polizeibehörde angemeldet war. Ferner waren die Angeklagten niemals Mitglieder des Deutschen Pfadfinderbundes im Reiche, [illegible] also zu ihm auch in keinerlei organisatorischen Beziehungen. Sie waren vielmehr eine vollkommen selbständige deutsche Jugendgruppe in Polen, die aus Begeisterung für die Pfadfinderidee, die in allen Ländern Wurzel gefaßt hat, den Namen „Pfadfinder" wählten.

Auch dieser Prozeß zeigt wieder, wie leichtfertig gegen Angehörige der deutschen Minderheit in Polen Klagen eingeleitet werden. Sollte es den Polen unbemerkt geblieben sein, daß zwischen den Pfadfindern der einzelnen Staaten seit jeher ein reger Verkehr besteht, und soll es nun als ein „Verbrechen" hingestellt werden, wenn etwa auch zwischen den Pfadfindern, die ein und demselben Volke angehören, Beziehungen bestanden haben sollten?

*

Minderheitenfragen vor dem Rat.

— Kattowitz, 22. April.

Auf der nächsten Völkerbundsratssitzung im Mai werden mehrere oberschlesische Fragen, die das letztemal zurückgestellt wurden, behandelt werden. Unter anderem wird die Kündigung der deutschen Knappschaftsärzte in Ostoberschlesien einer eingehenden Prüfung bedürfen. Die Aerzte wurden seinerzeit mit der Begründung entlassen, daß sie die polnische Sprache nicht genügend beherrschten.

*

Vor dem Kroaten-Prozeß.

24 Angeklagte. — Zuschauer werden nicht zugelassen.

— Belgrad, 22. April.

Als erste südslawische Zeitung bringt jetzt die „Pravda" eine kurze Mitteilung über den am Donnerstag in Belgrad beginnenden Prozeß gegen den Kroatenführer Dr. Matschek. Bisher hat sich die Presse offenbar auf höhere Weisung jeder Ankündigung enthalten. Auch sonst macht sich das Bestreben der südslawischen Regierung bemerkbar, jedes Aufsehen zu vermeiden, bezeichnet man doch den Prozeß — obwohl Dr. Matschek der Hauptangeklagte ist — offiziell als „Prozeß gegen Bernarditsch und 23 Genossen".

Die Verhandlung wird vor dem Gerichtshof zum Schutz des Staates geführt werden, dessen Urteile unanfechtbar sind. Da die Verhandlung im kleinen Saal geführt wird, werden keine Zuhörer und nur eine beschränkte Anzahl von Journalisten teilnehmen können. Für Dr. Matschek werden sieben Rechtsanwälte das Wort ergreifen.

Gestrichene Kammerferien.

Das französische Parlament muß „nachsitzen". — Briand fünf Jahre Außenminister.

— Paris, 22. April.

Die französische Kammer hat in diesem Jahre auf die Osterferien verzichten müssen; sie hat am Sonnabend vor Ostern getagt, und hält auch am heutigen Dienstag wieder eine Sitzung ab, so daß also nur die beiden Osterfeiertage selbst von Plenarsitzungen verschont geblieben sind. Zur Beratung steht die Vorlage über die Sozialversicherung und das Gesetz zur Steuersenkung mit seinen hunderten von Abänderungsanträgen.

Für diesen Verzicht auf die Ferien, der übrigens einstimmig gebilligt wurde, gibt es in der französischen Parlamentsgeschichte nur ein einziges Beispiel: 1909 ließ Clemenceau die Kammer „nachsitzen", mit dem Erfolg, daß er sofort gestürzt wurde.

Tardieu kann es jetzt leicht ähnlich ergehen. Ende dieser Woche werden nämlich kaum noch die Hälfte der Abgeordneten in Paris sein! Ein Schub von 80 Abgeordneten reiste zur Hundertjahrfeier nach Algerien, ein zweiter Schub folgt am heutigen Dienstag und ein dritter am Mittwoch. Dann kommt es darauf an, ob sich das Reisefieber auf die Regierungsparteien oder auf die Opposition stärker ausgewirkt hat.

Am Donnerstag feierte übrigens Briand in aller Stille sein fünfjähriges Jubiläum als Außenminister. 1925 hat er unter Painlevé das Ministerium des Auswärtigen übernommen und es seitdem ununterbrochen — unter elf Regierungen — beibehalten. Das ist ein Rekord! Seit Vergennes, der von 1774 bis 1787 Staatssekretär für die auswärtige Politik gewesen ist, haben nur noch drei andere französische Minister länger als fünf Jahre das Ministerium des Aeußeren geleitet: Talleyrand (1799 bis 1807), Guizot (1840 bis 1848) und Delcassé (von 1898 bis 1905).

Die neue Weltkraftkonferenz.

36 Staaten haben sich bereits angemeldet. — Gleichzeitiges Abhören jeder Rede in drei Sprachen.

— Berlin, 22. April.

Zu der im Juni nach Berlin einberufenen Vollsitzung der Weltkraftkonferenz haben sich bereits die Vertreter von 36 Staaten angemeldet. Fast alle von diesen Staaten steuern wertvolle wissenschaftliche Beiträge zu den Fachverhandlungen bei, die sich über zehn Tage erstrecken werden.

Nicht weniger als 400 Berichte liegen der Geschäftsstelle vor und sind bereits in gedruckter Form als sogenannte „Konferenz-Abzüge" den vielen Tausenden von Interessenten in aller Welt übermittelt worden, damit die Aussprache unter den Fachmännern der verschiedenen Energieversorgungszweige so fruchtbringend wie nur irgend möglich wird. Bekanntlich kommen die 400 Berichte nicht einzeln zum Vortrag, sondern werden zu insgesamt 34 Generalberichten zusammengefaßt, die von deutschen Referenten — hervorragenden Vertretern ihres Faches — in deutscher Sprache erstattet werden.

Um das Verstehen dieser Generalberichte, vor allem aber der an sie anschließenden mehrsprachig geführten Diskussionen zu erleichtern, wird in den für diese Sitzungen bestimmten Festsälen eine besondere, in der vorliegenden Form erstmalig zur Anwendung kommende Sprachenübertragungsanlage eingebaut, die ein gleichzeitiges Abhören jeder Rede in den drei Kongreßsprachen Deutsch, Englisch und Französisch gestattet.

Das Interesse an der Berliner Veranstaltung der Weltkraftkonferenz, der zweiten Volltagung nach sechsjähriger Pause, ist in allen Ländern überaus rege.

Der Glaube an die versöhnende und befreiende Macht des Kreuzes Christi ist Kern und Stern aller unserer Arbeit in der Christlichen Gefangenenhilfe. Nur von hier aus gewinnen wir immer wieder neue Kraft und neue Hoffnung. Darum ruht das schwarze Kreuz auf grünem Hoffnungsgrunde und ist uns damit ein Wegweiser zur Ewigkeit. Es weist uns über das Sichtbare hinaus und läßt Ewigkeitskräfte in unser Leben einströmen. „Wem Zeit ist wie Ewigkeit und Ewigkeit wie Zeit, der ist befreit von allem Streit." Ewigkeit, in die Zeit leuchte hell hinein, daß uns werde klein das Kleine und das Große groß erscheine, sel'ge Ewigkeit. Und mag es auch hier in der Zeit durch noch so viele Enttäuschungen hindurchgehen, wir wollen es festhalten im Blick auf das schwarze Kreuz auf grünem Grunde: Nichts auf Erden ist vergeblich, was getan wird im lebendigen Glauben an den gekreuzigten und auferstandenen Christus. (1. Kor. 15, 58.) Die Ewigkeit wird es dereinst offenbaren. Darum laßt uns festhalten an dem Bekenntnis der Hoffnung und nicht wanken.

Das schwarze Kreuz auf grünem Grunde stellt somit symbolisch das innere Programm der Christlichen Gefangenenhilfe dar. War es ein Wagnis, diesem inneren Programm auch äußerlich Ausdruck zu geben? Wir haben es gewagt und von Gott erbeten, daß dadurch das Zusammengehörigkeitsgefühl unserer Freunde gestärkt und noch viele andere zu praktischer Mitarbeit angeregt werden. Ebenso wie unser Gott und Vater in Christo das „Weiße Kreuz" und das „Blaue Kreuz" senfkornartig entstehen ließ und dann im Laufe der Jahre wunderbar segnete, so kann er auch das „Schwarze Kreuz auf grünem Grunde" legitimieren als eine von ihm gewollte und geleitete Reichsgottesarbeit, die auch im Blick auf die Vorgänge in Rußland und die für die Endzeit vorhergesagten Christenverfolgungen die erhöhte Aufmerksamkeit, Fürbitte und Mitarbeit aller Gläubigen besonders notwendig macht.

Muntau. Paulini. Mohr. Dr. Bornhak.
Schw. Frieda. Hertha Helmke. Schrader.

Der Vorsitz im „Luther-Bund."

Graf von Roedern Luthers Nachfolger, Luther Ehrenvorsitzender.

Der Vorstand des Bundes zur Erneuerung des Reiches hat in einer besonderen Sitzung von der Niederlegung des Vorsitzes durch den zum Reichsbankpräsidenten ernannten Reichskanzler a. D. Dr. Hans Luther Kenntnis genommen. Er konnte sich den Gründen, die Dr. Luther zur Niederlegung veranlaßt haben, nicht entziehen, richtete jedoch an Dr. Luther die einstimmige Bitte, den Ehrenvorsitz des Vorstandes zu übernehmen. Dr. Luther verband mit seinen Dankesworten für diese Wahl ein erneutes Bekenntnis zur Reichsreform als einem tragenden Pfeiler jener Gesamtreform, deren unser öffentliches Leben bedürfe.

Auf Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden Frhrn. v. Wilmowsky wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes für das laufende Jahr Graf v. Roedern, Hamburg, gewählt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 22. April 1930.

— In den nächsten Tagen werden die deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen wieder aufgenommen werden.

— Der preußische Ministerpräsident hat den Eheleuten Wilhelm und Charlotte Lemmel in Stettin anläßlich ihrer 65jährigen Ehejubelfeier ein Glückwunschschreiben und ein Ehrengeschenk überreichen lassen.

*

:: **Das Strafverfahren gegen Fahlbusch eröffnet.** Die Strafkammer des Landgerichts 3 in Berlin hat das Hauptverfahren gegen Fahlbusch eröffnet. Der Verhandlungstermin wird voraussichtlich in den nächsten Tagen anberaumt.

:: **Wirtschaftspartei und Stadtrat Busch.** Zum Fall des Berliner Stadtrats Busch veröffentlicht die Wirtschaftspartei eine Erklärung, in der festgestellt wird, daß Busch schon 1928 aus der Partei ausgeschlossen wurde und sie seitdem mit dem Stadtrat nicht in Beziehungen gestanden habe.

Rundschau im Auslande.

* Der südslawische Landwirtschaftminister Dr. Koroschetz traf zu einem mehrtägigen Aufenthalt in Konstantinopel ein.

* In Belgrad unterzeichnete der König einen Vertrag mit der deutschen evangelischen Kirche Südslawiens; die Kirche erhält danach einen Zuschuß vom Staat und wird von allen Abgaben befreit.

* Das russische Außenkommissariat hat eine Kontrolle der russischen Gesandtschaft in Stockholm angeordnet; in den letzten Tagen wurden bereits 17 Angestellte der Gesandtschaft und der Handelsvertretung entlassen.

*

Wird Trotzki Landwirtschafts-Diktator?

* Nach französischen Meldungen steht eine Aussöhnung der Sowietregierung mit Trotzki bevor und ist davon die Rede, daß Trotzki Landwirtschafts-Diktator werden soll. Wie es heißt, hat Trotzki seine Rückkehr nach Moskau von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig gemacht. — Von russischer Seite wird dazu bemerkt, zu der Rückkehr Trotzkis bedürfe es noch der Zustimmung des Parteikongresses, auch bestreitet Moskau, daß Trotzki Landwirtschafts-Diktator werden soll. Nicht bestritten wird dagegen, daß Stalin den Wunsch nach der Rückkehr Trotzkis geäußert hat.

Direkte Verhandlungen Paris—Rom?

— Paris, 22. April.

Der französische Botschafter in Rom ist zur Berichterstattung nach Paris berufen worden. Man nimmt an, daß Briand ihm die notwendigen Instruktionen zu geben wünscht, um nach Möglichkeit zu einer Wiederaufnahme der direkten italo-französischen Besprechungen zu gelangen. Ein Erfolg dieser Verhandlungen erscheint aber zweifelhaft.

157 Menschen verbrannt.

Bei einer Brandkatastrophe in einer rumänischen Kirche.

— Bukarest, 22. April.

In dem kleinen rumänischen Dorf Kostesti ereignete sich eine furchtbare Katastrophe. Während des Karfreitag-Gottesdienstes ging die aus Holz erbaute Kirche des Dorfes in Flammen auf. Die an der Wand angebrachten Vorhänge und ausgetrockneten Kränze hatten sich an einer Kerze entzündet. Es entstand sofort eine Panik, die ihren Höhepunkt erreichte, als die Türen, die nur nach innen zu öffnen waren, infolge Gedränges nicht mehr aufgemacht werden konnten.

Vergeblich versuchten die Priester, die Menschen zur Besinnung zu bringen. Schon nach einer halben Stunde stürzte das ganze Gebäude zusammen. Die glühenden Balken und Bretter begruben die Menschen unter sich.

Von den versammelten Gläubigen, etwa 200 Personen kamen nur 43 Personen mit dem Leben davon! Zum größten Teil hatten auch diese schwere Verletzungen. Die übrigen kamen alle in den Flammen um, so auch die Priester, der Bürgermeister und der Polizeipräfekt.

Als die Feuerwehr und die Rettungsmannschaften eintrafen fanden sie nur noch rauchende Trümmer vor.

Wie noch bekannt wird, war die Kirche von Kostesti über hundert Jahre alt; sie stand unter staatlichem Denkmalsschutz.

Letzte Meldungen.

Zollerhöhungen für Weizen und Braugerste.

— **Berlin**, 22. April. **Durch eine am 25. April in Kraft tretende Verordnung wird der Zollsatz für Weizen und Braugerste von 12 auf 15 Reichsmark je Doppelzentner erhöht. Der Zollsatz für Gerste zur Viehfütterung bleibt wie bisher 10 Reichsmark, wenn die Gerste unter Zollsicherung abgefertigt wird.**

Neue schwere Unruhen in Bengalen.

— **London**, 22. April. **In Chittagong, einem wichtigen Hafen in Bengalen, kam es am Sonnabend zu schweren Zusammenstößen zwischen Anhängern Gandhis und der Polizei, in deren Verlauf ein englisch-indischer Feldwebel und fünf Inder getötet wurden. Die Eisenbahnstation und die Waffenlager der Polizei wurden niedergebrannt. Truppen sind in größerer Zahl nach Chittagong entsandt worden. Der Gouverneur von Bengalen, der sich auf dem Wege nach Darjeling befand, ist telegraphisch von den Vorgängen unterrichtet worden und sofort nach Kalkutta zurückgekehrt.**

Straßenkampf in Leipzig.

Zwei Polizeibeamte getötet.

Bei den kommunistischen Umzügen in Leipzig kam es am Ostersonntag zu blutigen Zusammenstößen. Im Grimmaischen Steinweg hatten Kundgeber versucht, ein Auto aufzuhalten und umzustürzen. Während es den einschreitenden Polizeibeamten gelang, dem Auto die Durchfahrt zu ermöglichen, wurden sie selbst von den Nachdrängenden angegriffen und mit Latten und Fahnenstangen geschlagen.

Dabei wurde Polizeihauptmann Gall so durch Schläge und Stiche verletzt, daß er tot zusammenbrach. Der Polizeioberwachtmeister Kappe ist einige Stunden nach dem Vorfall seinen schweren Hieb- und Stichverletzungen erlegen. Ein weiterer Beamter schwebt noch in Todesgefahr.

Drei Beamte wurden zum Teil erheblich verletzt. Einer der Unruhestifter hat einen tödlichen Schuß erhalten, vier weitere sind verletzt worden. Die für Ostermontag angesagten Veranstaltungen wurden wegen dieser Vorkommnisse verboten.

Auch der Ostermontag ist trotz des Verbots der geplanten kommunistischen Kundgebungen nicht ruhig verlaufen. Die Polizeibeamten, die in der Nacht zum Ostermontag kau mzur Ruhe gekommen waren, wurden aus allen Teilen der Stadt ein über das andere Mal alarmiert. Ein Kommunist, der einen Beamten angriff, wurde durch Lungenschuß verletzt.

Hochwassergefahr in Bayern.

Regen und Schneestürme.

Infolge des ununterbrochen anhaltenden Regenwetters sind in mehreren Gegenden Bayerns Ueberschwemmungen und sonstige Wetterschäden eingetreten. Im bayrischen Allgäu hat es seit mehreren Tagen sehr stark geschneit. In der Nacht zum Karfreitag tobte in der Gegend von Kempten ein heftiger Schneesturm, der beträchtliche Verkehrsstörungen zur Folge hatte.

Auf verschiedenen Linien mußte der Postautoverkehr völlig eingestellt werden, und teilweise mußten die Postautos auf halbem Wege wieder umkehren. Auch der Zugverkehr auf der Strecke Kempten—Jöuy mußte am Karfreitag morgen unterbleiben. Eine ganze Reihe von Privatautos blieb im Schnee stecken.

So blieb ein aus München kommendes Gesellschaftsauto in dem metertiefen Schnee stecken, und die Insassen mußten in zweistündiger angestrengter Arbeit den Wagen herausschaufeln. Da später heftiger Regen einsetzte, ist mit rascher Schneeschmelze und mit Hochwassergefahr zu rechnen.

*

Ueberschwemmung und Sturm in Norwegen.

In Norwegen kommt in diesem Jahre die Frühjahrsschneeschmelze besonders zeitig. Der Glommen, der größte Strom des Landes, hat bei Frederiksstad eine derartige Höhe erreicht, daß man die Bauarbeiten an einer Eisenbahnbrücke Hals über Kopf abbrechen mußte.

In Nordnorwegen, besonders an der Eismeerküste, herrscht dagegen strenger Winter. Unter den augenblicklich rasenden Stürmen haben die Robbenfangschiffe, darunter auch einige Deutsche und Engländer, Henningswaag als Nothafen aufsuchen müssen. Der norwegische Walfänger „Kap Flora" ist vom Eis erdrückt und zum Sinken gebracht worden.

Die Mannschaft konnte sich mühselig auf Eisschollen retten und ist einige Tage später von zwei norwegischen Robbenfängern an Bord genommen worden.

*

Leichtes Erdbeben in Griechenland.

In Athen wurde ein Erdbeben verspürt. Die Kirchen waren zur Zeit des Bebens mit Gläubigen gefüllt. Bei dem eiligen Verlassen der Gotteshäuser wurden verschiedene Frauen und Kinder im Gedränge verletzt. Der Mittelpunkt des Erdbebens lag im Golf von Aegina und der Halbinsel Methana, ungefähr 50 Kilometer von Athen entfernt. Eine Anzahl von Häusern in der Nähe der Meerenge von Corinth ist eingestürzt. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Haftentlassungen im Sprengstoffverfahren

Geständnis von Wilamowitz-Moellendorff.

Wie das Polizeipräsidium Altona mitteilt, hat der im Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen in Oldesloe und Neumünster verhaftete Kaufmann von Wilamowitz-Möllendorff nunmehr ein Geständnis abgelegt. Danach hat von Wilamowitz-Möllendorff gemeinsam mit weiteren Personen den Anschlag in Neumünster ausgeführt, nachdem er vorher die Oertlichkeit erkundet hatte.

Der von der Polizei vorläufig festgenommene Wolfgang Ammermann hat gestanden, er sei dazu ausersehen gewesen, den dritten Koffer mit Sprengstoff, der von dem bei der Firma L. W. Treu u. Co. beschäftigten Prokuristen Karl Kienitz aufbewahrt wurde, an einer bestimmten Stelle zur Explosion zu bringen. Der ebenfalls verhaftete Kaufmann Kurt Hambrock steht nach der polizeilichen Mitteilung nach wie vor im dringenden Verdacht, mit von Wilamowitz-Möllendorff den Sprengstoffanschlag in Neumünster ausgeführt zu haben.

Drei weitere Personen, und zwar Adolf Andresen, Oskar Ammermann und Erich Kienitz, die ebenfalls in die Sprengstoff-Affäre verwickelt sind, wurden wieder auf freien Fuß gesetzt.

Postautoverbindung Bielefeld-Gütersloh

Die Postverwaltung eröffnet in den nächsten Tagen eine viermalige tägliche Kraftpostverbindung zwischen Bielefeld — Isselhorst — Gütersloh. Die Teilstrecke von Bielefeld bis Ummeln, Wirtschaft Gröppel an der Straßenkreuzung nach Friedrichsdorf wird 12 Mal täglich befahren.

Die vorstehend festgesetzten Fahrzeiten sind auch im Pförtnerhaus Bethel ausgehängt.

Bethel.

Die Autobusverbindung **Bethel—Eckardtsheim** bringt ab 15. 4. folgende Verbesserungen und Veränderungen:

Von Bethel nach Eckardtsheim

Bethel-Ecke ab:	9,47	13,37	16,17	19,18	23,18**
Eckardtsheim an:	10,10	14,03	16,38	19,38	23,38
(Nähe Haus Erika)					
Eckardtsheim an:	10,39*	14,05	—	19,40	—
(Senne-Konsum)					

Von Eckardtsheim nach Bethel.

Eckardtsheim ab:	7,13	10,39	—	17,26	—
(Senne-Konsum)					
Eckardtsheim ab:	7,15	1041	14,58	17,28	20,30**
(hinter Bahnkreuzung)					
Bethel an:	7,45	11,05	15,25	18,08	20,55

* Auf Wunsch bis Senne-Konsum mit Umweg über Kreuzkrug ohne Preisaufschlag. ** Zur Zeit nur Mittwochs und Sonnabends. Vom 1. Mai ab täglich. Sonntags fährt der Omnibus überhaupt nicht, dafür Omnibusverbindung (vom Städt. Betriebsamt) zwischen Sennefriedhof und Gasthof Kracks.

KNOOP MÖBEL liefert Ihnen gute Teppiche und Dekorationen

Ausstellung u. Werkstätten **BIELEFELD,** Düppelstr. 17-19

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse: Dahlien, Gladiolen, Begonien. Baumschulartikel: Obstbäume, Ziersträucher, Rosen. Nadelhölzer. – Blütenstauden usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel b. Bielefeld.

Aerztlich geprüfte

Säuglingspflegerin

sucht Stelle zu Kindern, arbeitet auch als Nachtwache sowie in Siechen- und Krüppelpflege. Off. unter A 6489 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Stadt-Sparkasse BIELEFELD

Naturkuren, Wildunger Kuren

(letztere gegen Nieren-, Blasen- u. Stoffwechselkrankheiten) für die christlichen Kreise im Kurort Elim Bad Wildungen (Waldecker Schweiz) Alles Nähere durch Drucksachen.

C. Ufer, Prediger.

Südamerik. Maté

Paraguaytee

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn

Sangerhausen, Hindenburgstraße

Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophir erhältlich.

Gummiplatten / Gummiläufer Gummiabtreter / Gummischläuche

u. dgl. empfiehlt

Richard Kayser, Techn.-Geschäft Cottbus, Schützenstr. 9

EISU Stahl- u. Holz- **Betten** Schlafsm., Stahlmatr., Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden. Teils. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Der Wert einer Anzeige wächst mit der Dauer ihres Erscheinens.

Korbwaren

Sessel und Körbe in Weide und Peddigrohr



Rein Aluminium-Geschirre

Töpfe, Kaffeekannen usw.

liefert in allen Ausführungen

Tiberias-Werke der Anstalt Bethel b. Bielefeld.

Preisliste wird auf Wunsch geliefert.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.